

Archiv und Wirtschaft

Zeitschrift für
das Archivwesen
der Wirtschaft

56. Jahrgang · 2023 · Heft 2



VEREINIGUNG der
WIRTSCHAFTSARCHIVARINNEN und
WIRTSCHAFTSARCHIVARE e. V.
(VdW)

»Hier half der Marshall-Plan« – Quellen zum Wiederaufbau rheinischer Unternehmen und zur Bedeutung der US-Hilfe*

Ulrich S. Soénius

Der Marshallplan war vielfach Gegenstand der historischen Forschung. Neben der politischen Bedeutung stand besonders die Frage nach der wirtschaftlichen Wirksamkeit des US-amerikanischen Nachkriegs-Hilfsprogramms im Vordergrund. Ende der 1980er Jahre begann eine Forschungsdiskussion über die volkswirtschaftliche Wirkung des Marshallplans für den deutschen Wiederaufbau. Maßgeblich Werner Abelshausen vertrat die These, dass die deutsche Wirtschaft bereits vor dem Einsetzen der US-amerikanischen Hilfe einen hohen Stand erreicht hatte.² Knut Borchardt und Christoph Buchheim bescheinigten dagegen dem Programm einen großen Anteil am Wiederaufbau.³ So weit wie Manfred Pohl, der behauptete, die »Gelder aus dem Marshallplan verwirklichten den eigentlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik«, wollte jedoch niemand gehen. Allgemein beschäftigte sich die Wissenschaft mit einer makroökonomischen Sicht auf das Thema.⁵ Obwohl die Frage nach der mikroökonomischen Bedeutung gestellt wurde, zeigte die Forschung bisher kein Interesse, sich mit einzelnen Unternehmen und deren Verhalten in dieser Phase zu beschäftigen. Um aber herauszubekommen, ob den Unternehmen der Wiederaufbau mit der oder ohne die Hilfe des Marshallplans gelang, hätte sich die Forschung intensiv mit deren Quellen beschäftigen müssen. Dies ist aber nicht geschehen. Geurteilt wurde aufgrund von offiziellen Zahlen, die die einzelnen Branchen als Empfänger des Hilfsprogramms nannten, ohne zu überprüfen, ob denn die Hilfe vor Ort auch ankam. Ziel dieses Beitrages ist es daher, Quellen exemplarisch vorzustellen und auszuwerten, die die Bedeutung des Marshallplans für einzelne Unternehmen widerspiegeln.

Wie haben die Unternehmen vom Marshallplan profitiert?

Die Leitfrage für diesen Beitrag lautet daher: Wie haben Unternehmen vom Marshallplan profitiert? Dazu muss zuerst erklärt werden, wie die Hilfe genau organisiert war. Das »European Recovery Program«, so der offizielle Name des Marshallplans, oder kurz »ERP«, stellte europäischen Staaten eine vierjährige Finanzhilfe zum Wiederaufbau bzw. zur Wiederankurbelung der Wirtschaft nach dem von Deutschland entfesselten Krieg zur Verfügung. Auch die Wirtschaft in den drei westlichen Besatzungszonen und in der späteren Bundesrepublik Deutschland konnte daran partizipieren. Die Unternehmen erhielten keine Spenden, sondern mit Zinsen zurückzahlbare Investitionskredite. Diese



Abb. 1: »Wir bauen auf«. Informationsschrift der deutschen ECA-Mission, Hamburg 1949 (RWVA 1-583-5)

waren an bestimmte Bedingungen gebunden. So durften sie nur für die Neuanschaffung von Maschinen benutzt werden und sollten vor allem die Exportquote steigern.

Bereits 1961 urteilte Egon R. Baumgart, Volkswirt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dass diese ERP-Investitionskredite allenfalls eine »Initialzündung« auslösten, der eine »multiplikative Wirkung« folgte.⁶ »In der Bundesrepublik«, so Baumgart, »ist nach dem Kriege der überwiegende Teil der Investitionen aus eigengebildeten Mitteln der Wirtschaftsunternehmen finanziert worden.«⁷ Meine These geht noch weiter: Die Unternehmen haben, neben dem US-Steuerzahler, die Initialzündung selbst bezahlt.

Neben den Investitionskrediten bestand das Hilfsprogramm aus Devisen-Beihilfen, die aber nur einen sehr geringen Umfang hatten, und dem »Technical Advise Program«, das vor allem Reisen von Unternehmensvertretern in die USA und Empfänge von US-Wissenschaftlern in Europa zum Gegenstand hatte. An dieser Stelle wird sich auf Quellen zu dem wichtigsten Teil beschränkt – die Hilfe per Darlehen. Woher kam das Kapital, aus dem die Kredite bedient wurden?

Die USA und andere Länder lieferten Waren, die von Importunternehmen aus den ERP-Empfängerländern zu festgesetzten Preisen erworben und wiederverkauft werden konnten. Die Einnahmen erhielten die Staaten zur Weiterleitung an die Wirtschaft. In Deutschland flossen diese in das deutsche ERP-Sondervermögen, das sich durch Zinsen aus gewährten Krediten erhöhte und durch Zahlungen an die USA für Verwaltungskosten sowie durch Transportkosten verringerte.⁸ Die Einnahmen bezeichneten die USA als »Gegenwertmittel«, »Counterpart funds«, die die Grundlage für das Hauptfinanzierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in den Jahren 1949 bis 1953 bildeten.⁹ Die Tilgung der Darlehen floss wiederum an die KfW, die so einen revolving Fonds auflegte.¹⁰ Der Zinssatz lag bei 7,5 Prozent bei einer Laufzeit von zehn Jahren, wobei diese auch abweichen konnte.¹¹ Der Fonds stieß übrigens auf Zustimmung in der deutschen Wirtschaft. Ein interner Vermerk für das Vorstandsmitglied Bruno Fugmann bei der Hüttenwerk Rheinhausen AG kam zu dem Schluss, dass die Bedeutung für die Wirtschaft »nicht hoch genug veranschlagt werden« könne. Es gebe »immer wieder Wirtschaftszweige und Vorhaben«, die »den Kapitalmarkt nicht ansprechen können und deren Bedarf an langfristigem Kapital der vorhandene Kreditapparat nicht decken kann«.¹² Während die anderen ERP-Länder die Gegenwertmittel geschenkt bekamen, musste Deutschland – als Hauptaggressor des Zweiten Weltkrieges – diese an die USA zurückzahlen, was bis in die Mitte der 1970er Jahre geschah. Dies führte wiederum dazu, dass die Bundesregierung aus den Gegenwertmitteln keine zinslosen

Darlehen oder gar verlorene Zuschüsse zahlen konnte.¹³ Dies mussten andere Investitionsbeihilfen übernehmen. So gesehen war der Marshallplan kein »Füllhorn«, wie der »Spiegel« ihn Ende 1948 bezeichnete.¹⁴ Die Unternehmen konnten einen minimalen Anteil durch die Anlage der Kreditsumme als Tagesgeld bei den Banken refinanzieren – 1951 gab es dafür zum Beispiel 6,75 Prozent.¹⁵

Allein die Anzahl der Unternehmen, die überhaupt in den Genuss von Marshallplanmitteln kamen, zeigt schon, dass die These, die USA hätten mit dem Hilfsprogramm wesentlich die deutsche Wirtschaft aufgebaut, auf tönernen Füßen steht. In der Forschung wird die Gesamtsumme der in Deutschland verausgabten ERP-Mittel mit ca. 3,4 Mrd. DM angegeben. Über die Anzahl der Unternehmen, die ERP-Kredite in Anspruch nahmen, liegen in der Literatur keine Angaben vor. Die Zeitung »Die Welt« veröffentlichte 1950 in mehreren Januar-Ausgaben nach Branchen aufgeschlüsselte Listen von Unternehmen, die sich um Investitionskredite aus der ersten von drei Tranchen der Economic Cooperation Administration (ECA) bewarben.¹⁶

Genannt wurden 659 Unternehmen, von denen 126 aus dem Rheinland stammten (ca. 19 Prozent). Allein diese geringe Zahl lässt den Schluss zu, dass

die weitaus überwiegende Mehrheit der Unternehmen zumindest nicht unmittelbar an dem Hilfsprogramm beteiligt war. Die in der »Welt« genannten Unternehmen beantragten bis zu diesem Zeitpunkt 364 539 000 DM. Der Anteil der rheinischen Unternehmen lag daran mit 105 253 000 DM bei 29 Prozent, also um einiges höher als ihr nominaler Anteil. Die Kreditsummen variierten stark. Im Bezirk Aachen beantragte die Stolberger Zink AG einen Kredit in Höhe von 3,08 Mio. DM, die Dürener Maschinenfabrik und Eisen-gießerei einen in Höhe von 25 000 DM. Die gesamte Auszahlungssumme bei dieser Tranche betrug 937,6 Mio. DM.¹⁷

Abb. 2: Bericht über beantragte ERP-Kredite, hier Unternehmen aus der Feinmechanik und optische Geräte-Industrie sowie Holzverarbeitung, Die Welt, 13. Januar 1950 (RWWA 30-3-1)

Weitere Investitionskredite

Frankfurt a. M., 13. Januar (Eig. Ber.)

Wir bringen nachstehend die Namen der Firmen mit den jeweiligen Beträgen für die feinmechanische und optische Industrie (Gesamtbetrag 9,3 Mill. DM) und für die Holzindustrie (Gesamt-betrag 14,5 Mill. DM).

(Maximalbeträge in 1000 DM)

Agfa, München, 850; Askania-Werke AG, Berlin-Friedenau, 800; Astro-Gesellschaft Bielicks u. Co., Berlin-Friedenau, 100; Berchold u. Co., Tuttingen, 150; Berrnphol-Co. AG, Berlin-Neukölln, 50; Blessing-Werke, Feinbau, Waldkirch (Br.), 150; Jos. Bürger GmbH, Schwaach (Baden), 150; Chrom-Werke, Tuttingen, 400; Deuta-Werke, Schwarzenbach (Bayern), 125; Filler u. Fiebig, Geretsried (Obb.), 50; Dr. Joh. Heidenhalm, St. Georgen, 45; Fritz Heilige u. Co., Freiburg (Br.), 250; Hensoldt u. Söhne, Weitzlar, 200; G. A. Onke, Tuttingen, 100; Jetter u. Scherer AG, Tuttingen, 1000; Köhlmann, Wilhelmshaven, 175; Leybold Nachf., Köln, 90; Paul Lippe, Neuwied, 100; Gebr. Martin, Tuttingen, 100; J. D. Möller, Wedel (Holst.), 275; Olt, Kempten, 50; Reinicke Apparatebau, Bad Lippspringe, 140; Rodenstock, München, 200; August Auter KG, Flödingen, 100; Gebr. C. Schüller KG, Schweningen, 100; Adolf Schweickhardt, Tuttingen, 100; Voigtländer, Braunschweig, 500; Zeiß Ikon, Kiel, 600; Zeiß Ikon Gortzwerk, Berlin-Friedenau, 900; Zeiß, Eber-kochen, 2000.

Bayrische Holz- und Hallenbau GmbH, Unter-fahrung (München), 100; Behälter-Verniet GmbH, Castrop-Rauxel, 300; Buterpe Pianoforte, Langlau (Mittelfranken), 118; Faserverwertung GmbH, Rob-mann, München-Regensburg, 500; Galle u. Schön, Modellfabrik, Berlin-Reinickendorf-West, 100; Heilig Homogenholzwerke Echbühl, Regensburg, 500; Heilig Homogenholzwerke GmbH, Baiersbronn, 400; Holz- und Metallwaren KG Lorenz, Wolf-rathshausen, 40; Holzfasersplattenwerk Aalem, 2000; Holzfasersplattenwerk Odenwald, Amorbach (Odenwald), 300; Holzhaub-Werk Oberndorf (Neckar), 100; Holzindustrie Kimmel u. Co., Witt-lich (Mosel), 250; Holztechnik, Mainleub., 100; Holzwerke Osterwald, Hannover, 200; Herrmann D. Krages, Holzfasersplatten, Wilhelmshaven, 2000; Wilhelm Kromer, Freiburg (Br.), 150; Gebr. Kruse, Möbelfabrik, Melle (Hann.), 150; Jül-en u. Co., Reutlingen, 100; Nachbarschule OHG, Dorsten, 100; Sächsische Homogenholz GmbH, Braunschweig, 300; Gebr. Oldemeier, Spenge, 50; Ostermann u. Scheiwe, Münster, 200; Rudolf u. Studler, Furnierwerke, Minden, 100; Schenk AG, Maximiliansau, 600; Franz Schlebach, Ham-burg-Wilhelmsburg, 100; Sperrholzwerk GmbH, Berlin-Spandau, 250; Stockholzverwertung GmbH, Gilhorn (Hann.), 100; Südwestdeutsche Trener-Erzeugung, Ettlingen, 200; Westdeutsche Faser-platten GmbH, Schleiden, 200; Zenith AG, Leut-lich, 400.

Währungsverluste als Verzugschäden

Essen, 15. Januar (Eig. Ber.)

In unserer Ausgabe Nr. 215 vom 10. 12. 49 veröffentlichten wir unter der gleichen Überschrift eine Entscheidung des LG Stuttgart, nach der bei schuldhafter Nichterfüllung eines vor der Währungsreform abgeschlossenen Verkaufsvertrages der Käufer den Schaden, der ihm dadurch entstanden ist, daß er jetzt den Kaufpreis in DM bezahlen muß gegen den Verkäufer als Verzugschaden geltend machen kann.

Nunmehr hat auch der Oberste Gerichtshof in Köln in einem Urteil vom 13. 10. 49 diese Rechtsansicht gebilligt und entschieden, daß ein Sachschuldner, der mit seiner Lieferungs-pflicht vor der Währungsreform in Ver-zug geriet, den Kaufpreis nach der Wäh-rungsreform unter dem Gesichtspunkt des Er-satzes des Verzugschadens nur im Verhält-nis 10:1 umgestellt verlangen kann.

5,5 Mill. Dollar für Zuckerimporte

Frankfurt a. M., 15. Januar

Die Marshall-Plan-Verwaltung gab für Westdeutschland 5,504 Mill. Dollar aus dem Gariosa-Fonds frei zum Einkauf von Zucker aus Südamerika. Aus diesem Fonds erhielt Westdeutschland bisher insgesamt 34,935 Mill. Dollar.

(Amerika-Dienst)

Synthetischer Glimmer

Frankfurt a. M., 15. Januar

Nach einer Mitteilung des Handelsministers ist es den Wissenschaftlern in USA im Büro für Arbeitsnormen gelungen, synthetischen Glimmer herzustellen. Die neue Substanz sei dem Naturglimmer nicht nur ebenbürtig, sondern wegen ihrer großen Hitzebeständig-keit sogar noch überlegen. (Amerika-Dienst)

Die Entscheidung über Kredite lag bei den US-Amerikanern

Das Verfahren der Mittelverteilung nahm planwirtschaftliche Züge an, weshalb der Marshallplan bei Wirtschaftsminister Ludwig Erhard auf wenig Gegenliebe stieß. Die Kreditanträge mussten in das von den US-Amerikanern verlangte Industrialisierungsprogramm der Bundesregierung passen. Dieses enthielt für jede Branche einen vorberechneten Anteil, in dessen Rahmen Unternehmen bedient wurden. Ein Antrag bedeutete noch keine Auszahlung. Über den Zuschlag entschieden die US-Behörden. Zwar versuchten diese den Eindruck zu verhindern, sie würden über die Vergabe der Kredite bestimmen. Aber: Jeder Kreditantrag, der über die Hausbanken eingereicht und der über das jeweilige Landeswirtschaftsministerium an das Bundeswirtschaftsministerium weitergeleitet wurde, landete über das Bundesministerium für den Marshallplan bei der ECA-Mission in Frankfurt am Main, die jeden Antrag prüfte.¹⁸ Dieses Verfahren bestätigte das Marshallplan-Ministerium auf kritische Nachfragen aus der Industrie. Konrad Adenauer jun., Sohn des Bundeskanzlers und Vorstandsmitglied bei der Rheinischen AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation (RAG) in Köln, telefonierte Anfang Januar 1950 mit dem Verbindungsmann des Bundeskanzleramtes zur Hohen Kommission der Alliierten, Hans Ulrich von Marchtaler, und fragte anschließend schriftlich zum Verfahren bezüglich der ERP-Mittel-Verteilung.¹⁹ Er bat um absolute Vertraulichkeit. Zwei Tage später antwortete von Marchtaler nach Rücksprache mit dem Marshallplan-Ministerium und bestätigte die letztendliche Zuständigkeit der ECA-Mission: »Die deutschen Stellen können nicht selbst entscheiden, sondern der ECA-Mission nur Vorschläge machen, die allerdings in der Praxis meist angenommen werden. Die Verteilung der ERP-Gelder ist keine rein deutsche Angelegenheit geworden.«²⁰ Dem widersprach die offizielle Darstellung der Amerikaner. Joseph W. Darling, US Land Observer beim High Commissioner for Germany, übersandte am 27. Oktober 1950 an NRW-Ministerpräsident Karl Arnold mehrseitige Aufsätze über die ERP-Gegenwertmittel und den Marshallplan insgesamt. Darin behauptete er: »Die Mission prüft nur das von dem Bundes-ERP-Ministerium vorgelegte allgemeine Programm.«²¹ Aber auch dieses unterlag politischen Vorgaben, die ganz konkrete Eingriffe zur Folge haben konnten: Im Februar 1951 – auf dem Höhepunkt des Korea-Kriegs – unterrichtete die ECA-Mission den Bundesminister für den Marshallplan, Franz Blücher, dass sie das vorgelegte Programm verändert und bei bestimmten Sektoren Erhöhungen vorgenommen habe, »um den maximalen Beitrag im Rahmen der westlichen Verteidigungsanstrengungen zu erreichen.«²² Daher würden nur Mittel an Unternehmen freigegeben, »welche (a) zur höchstmöglichen Steigerung der Verteidigungsanstrengungen beitragen, (b) nicht am Handel mit strategisch wichtigen Gütern mit Ost-Europa beteiligt sind und (c) zu einem Höchstmass neuer Wirtschaftstätigkeit beitragen«. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war klar, dass der Marshallplan dazu beitragen sollte, die bundesrepublikanische Wirtschaft in den Kalten Krieg einzubinden. Die ECA-Mission behielt auch von 1,35 Mrd. DM genehmigter Mittel eine »Strategische Reserve« von 325 Mio. DM zurück, die spätere »Engpässe im Rahmen der Verteidigungsproduktion« beheben sollte.²³ Diese Mitteilung war sicher nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, machte aber die Runde. Zwei Wochen später teilte der Leiter der Direktionsabteilung bei den Farbenfabriken

Bayer seinem Vorstandsvorsitzenden Ulrich Haberland diesen Umstand mit und hoffte auf Berücksichtigung, da bei ihnen »z. B. Schwefelsäure, Chloralkali-Elektrolyse usw.« in das Rüstungsprogramm passten.²⁴ Der Verfasser berief sich auf eine »vertrauliche« Quelle im Bundeswirtschaftsministerium. Auch die freien Mittel sollten laut ECA-Mission der Rüstung dienen: Die Industrieunternehmen sollten 125 Mio. DM an Krediten erhalten, davon waren 75 Mio. DM für die Eisen- und Stahlproduktion vorgesehen und 50 Mio. DM für die »Export-Produktion mit Eignung von Verteidigungsaufgaben«.²⁵

Kreditakten als Quellen für die historische Forschung

Quellen zu den Investitionskrediten können bei den Unternehmen selbst, bei den Hausbanken und bei öffentlichen Stellen, wie bei den Ministerien der Länder und des Bundes sowie bei der ECA, entstanden sein. Es gibt aber auch andere Institutionen, in deren Unterlagen Informationen zu den ERP-Krediten an die Unternehmen vorhanden sein können. Für die Kohlenbergwerke wirkte als Vermittlerinstitution zur ECA-Mission die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) in Essen. Sie nahm auch die monatlichen Berichte der Kohleunternehmen an, die darin die Verwendung der ERP-Mittel, aufgeteilt auf einzelne Betriebseinheiten, anzeigten.²⁶ Dennoch mussten die Unternehmen auch direkt mit der KfW verhandeln. Dies galt auch für die Stahlunternehmen, bei denen

die Stahltruhändlervereinigung in Düsseldorf anfänglich die Sammlung von Kreditwünschen übernahm.²⁷ Da die meisten der Kohle-, Eisen- und Stahlunternehmen unter das Gesetz 75 der Militärregierung fielen, das die Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg regeln sollte, war auch die Control Commission for Germany bei den Kreditanträgen zu beteiligen. So mussten die Anträge der Stahlunternehmen der Combined Steel Group zur Genehmigung vorgelegt werden. Zudem leitete das Bundesministerium für den Marshallplan diese auch an das Stahlkomitee der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) weiter.²⁸

Bei der Recherche wurde schnell deutlich: Archivarinnen und Archivare sind auch nur Menschen. So empfiehlt es sich, in den Datenbanken und Findmitteln nicht nur nach »Marshallplan*«, sondern auch nach

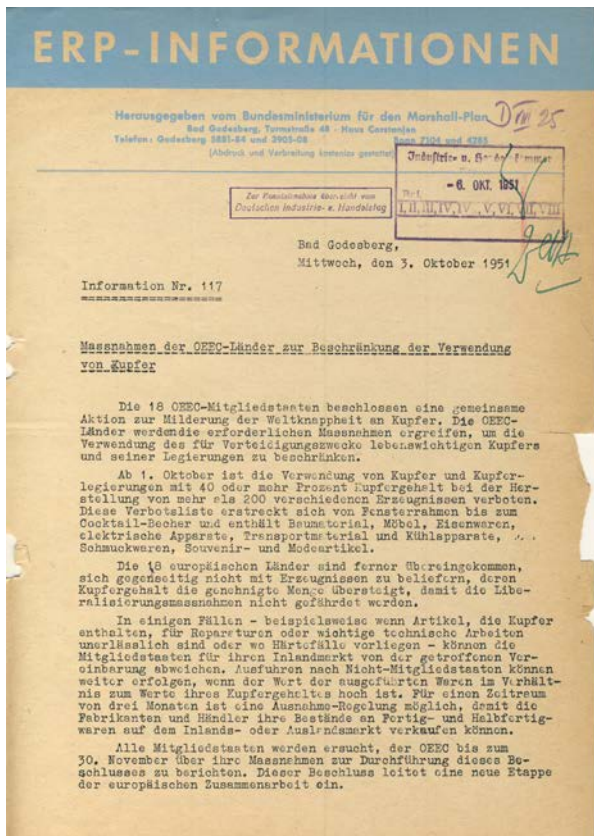


Abb. 3: ERP-Informationen des Bundesministeriums für den Marshall-Plan, Nr. 117, 3. Oktober 1951 (RWWA 22-415-1)

»Marschall-Plan*« zu suchen, ebenso nicht nur nach ERP, sondern auch nach »European Recovery Program«, sowie auch zu »ECA«, »Investitionskredite«, »Soforthilfen« etc. Dabei taucht immer wieder die Frage auf: mit oder ohne Bindestrich? Selbst das zuständige Bundesministerium war sich nicht einig. Minister Blücher wählte in seinem Briefkopf die Bezeichnung »Marshallplan«, als Herausgeber der ERP-Informationen zeichnete das »Bundesministerium für den Marshall-Plan«. ²⁹ Die Zeitspanne der ERP-Hilfen belief sich auf die Jahre 1949 bis 1953.

Die hier vorgenommene territoriale Eingrenzung leitet sich aus dem Anspruch des regionalen Wirtschaftsarchivs ab, den gesamten Wirtschaftsraum eines Archivsprengels abzudecken. Neben der Recherche im eigenen Archiv, der Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln (RWWA), ergaben Anfragen bei fünf Unternehmensarchiven ³⁰, beim Bergbau-Archiv in Bochum, beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und beim Archiv der KfW Rückschlüsse auf Quellen rheinischer Unternehmen. Ebenso half eine Recherche in den Internetdatenbanken des Bundesarchivs und den National Archives. Für diesen Beitrag wurden Akten im RWWA, in den Unternehmensarchiven von Bayer, Krupp, RWE und ThyssenKrupp, sowie im Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, ausgewertet. Auf die Bestände B 102 Bundesministerium für Wirtschaft und B 146 Bundesministerium für den Marshallplan im Bundesarchiv sowie auf den Bestand 469.2 Records of the Economic Cooperation Administration (ECA) in den National Archives der USA wird hier hingewiesen, ebenso auf den Bestand Deutsche Kohlenbergbau-Leitung beim Bergbau-Archiv.

Ausgehend von der eingangs genannten Leitfrage stehen Kreditakten im Blickpunkt der Betrachtung. Häufig finden diese aber nicht den Weg in das Archiv, glaubten doch Bearbeiter und Verantwortliche in den Unternehmen, dass Kredite nicht positiv zu deren Image beitragen. Nur wenige Akten dieser Art sind daher überliefert. Im RWWA hat sich eine umfangreiche Akte im Bestand Abt. 66 Duisburger Kupferhütte mit Schriftverkehr zum ERP-Kredit unter dem Titel »Investitionskredite« erhalten. ³¹ Am Beispiel dieser Akte wird deutlich, welchen mühsamen Weg die Unternehmen bis zur Gewährung eines Kredits aus ERP-Mitteln und dessen Auszahlung zurücklegen mussten. Direktor Ernst Kuss reiste im Herbst 1948 extra nach Frankfurt, um mit Ludwig Erhard, dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, über den Kreditbedarf der DK zum Zweck des Wiederaufbaus des Werkes zu sprechen. Erhard sah, so schrieb er einige Tage später nach Duisburg, den Kreditwunsch »als eine der vordringlichsten Aufgaben der in der nächsten Zeit zu errichtenden Wiederaufbau-Bank«. Gemeint war die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die wenige Wochen später per Gesetz geschaffen wurde. Weil Erhard dies zu lange dauerte, wollte er mit dem Präsidenten der Bank Deutscher Länder über den Fall sprechen. Die DK stellte in den nächsten Tagen ihren Kreditbedarf in Höhe von 4,1 Mio. DM fest. Es folgte reger Schriftverkehr bis Mitte 1949, in dem die KfW immer wieder das Unternehmen vertröstete, da die Bank noch nicht über die Gegenwertmittel verfügen konnte. Im Sommer war das Geld da, aber die Industriekreditbank in Düsseldorf verschleppte die Weiterleitung des Antrags um einige Monate. Über-

raschend gewährte die KfW der DK am 3. September 1949 aus der sogenannten »Spätlese-Liste« einen weiteren Kredit in Höhe von einer Million DM. Doch die Auszahlung ließ auf sich warten. Da die Kredite abgesichert werden mussten, nahm die DK im November die Grundbucheintragung vor. Danach scheinen zwei von beantragten drei Millionen DM aus dem Soforthilfeprogramm geflossen zu sein. Im Dezember 1949 wandte sich die KfW an die DK und teilte mit, dass die ECA-Mission die Kreditanträge der DK überprüft und geändert habe. Der Gesamtkredit betrage nun 2,8 Mio. statt drei Millionen DM. Dafür sollte der Kredit komplett ausgezahlt werden, verrechnet mit den zwei Millionen DM aus dem Soforthilfeprogramm. Aber die restlichen 800 000 DM flossen bis Juni 1950 nicht, obwohl die DK beim Bundeswirtschaftsministerium ihre Exportbedeutung darlegte. Die DK erhielt zwar die Aussicht auf einen weiteren Kredit, musste aber für den bestehenden einen hohen bürokratischen Aufwand leisten. Für die bereits erhaltenen Mittel war sie verpflichtet, monatlich sogenannte Counterpart-Funds-Berichte, fünffach in englischer und einmal in deutscher Sprache, zu erstellen.

Kürzungen von zugesagten Krediten erfuhren auch andere Unternehmen. Eine ERP-Akte der Industrie- und Handelskammer Aachen im RWVA nennt ein weiteres Beispiel. Die Papierfabrik Felix Heinrich Schoeller in Düren hatte einen Gesamtkredit von 1,1 Mio. DM beantragt und eingeplant. In einer ersten Tranche sollte das Unternehmen 1950 450 000 DM erhalten, tatsächlich erhielt es aber nur 300 000 DM. Unklar war, wann und in welcher Höhe die zweite Tranche ausbezahlt werden sollte. Das Unternehmen wollte seine Produktionsanlagen erneuern, vor allem für die Herstellung von Zellstoff für den Export.³² Der Aachener IHK-Präsident Hermann Heusch wandte sich deshalb persönlich an Hermann-Josef Abs, Vorstandsvorsitzender der KfW.³³ Das Unternehmen war verärgert: Zwar seien die Antragssummen über die Presse bekannt gegeben worden und die Firmen benötigen die Gelder, weil sie entsprechend disponiert hatten, aber es habe bereits vier Monate gedauert, »bis die Bürokratie der ERP-Gelder-Verwaltungen imstande war, die erste Rate zur Auszahlung zu bringen«. Keiner vererbe mehr Investitionsaufträge, wenn nicht Geld in Aussicht gestellt sei. Schoeller forderte, dass die »in- und ausländische Öffentlichkeit auf das wirtschaftsfremde Gebaren der Behandlung der ERP-Kredite« hingewiesen werden müsse.³⁴ Selbst das Wirtschaftsministerium NRW kam nicht mit allen Plänen durch. Um die rheinischen Werften zu fördern, legte das Ministerium ein Schiffsbauprogramm auf, mit dem zwei Rhein-Seeschiffe und acht Küstenmotorsegler mit einem Gesamtfinanzierungsbedarf von 6,6 Mio. DM gebaut werden sollten. Das Land wollte zwei Millionen DM beisteuern, von den Reedern wurde eine Million DM erwartet und der Rest von 3,6 Mio. sollte über ERP-Mittel finanziert werden. Die KfW stellte aber nur 600 000 DM bereit, so dass das Programm auf insgesamt fünf Küstenmotorsegler zusammengestrichen werden musste.³⁵ Wenig Glück hatten auch die Farbenfabriken Bayer, die im Rheinland in den Jahren 1949 bis 1953 für Ersatz- und Neuanlagen fast 229 Mio. DM investieren wollten.³⁶ Bayer beantragte und erhielt einen ERP-Kredit in Höhe von zehn Millionen DM, nahm aber im Sommer 1950 nach dessen Genehmigung durch den Controller IG Farben der Control Commission for Germany nur sieben Millionen DM für den Wieder-

aufbau von Anlagen für Lagerung, Verpackung und Versand von Farbstoffen in Anspruch.³⁷ In der Folgezeit beantragte Bayer einen Investitionskredit über 9,7 Mio. DM und einen über drei Millionen DM für den Ausbau der Pharmazeutischen Chemie, die aber abgelehnt wurden.³⁸ Ebenfalls scheiterte das Unternehmen mit einem Antrag für den Bau eines Höchstdruck-Kraftwerks, das ein Gesamtinvestitionsvolumen von 14 Mio. DM hatte, einen Kredit von neun Millionen DM zu erhalten. Nachdem die öffentlichen Energieversorger hinreichend Gelder erhielten, erhofften sich private Kraftwerksbetreiber ebenfalls Förderung. Trotz Fürsprache des Bundeswirtschaftsministeriums gab es diese nicht.³⁹ Ähnlich erging es dem Stahlbauunternehmen Rheinhausen, das im März 1951 einen Antrag auf Gewährung eines ERP-Kredits in Höhe von zwei Millionen DM stellte. Mit der Erweiterung des Maschinenparks wollte das Unternehmen den Export sichern und steigern – eine der Grundbestimmungen für ERP-Kredite – sowie die Anzahl der Angestellten um 50 Prozent, die der Arbeiter um 100 Prozent erhöhen.⁴⁰ Obwohl das Bundeswirtschaftsministerium in Besprechungen positive Signale sendete, ging das Stahlbauunternehmen leer aus.⁴¹ Einen Antrag der Kronprinz AG, Solingen, lehnte bereits die mit der Sammlung von Meldungen aus der Stahlbranche beauftragte Stahl-treuhändervereinigung in Düsseldorf ab. Als Begründung gab sie an, dass »das Werk eine gute Ertragslage hat« und die »vorhandenen Bandstraßen auch nach dem Umbau keine besondere Bedeutung haben werden und auf weite Sicht keine moderne Anlage darstellen«. ⁴² Dagegen konnte das Hüttenwerk Rheinhausen einige Projekte mit ERP-Mitteln realisieren: Kohlenstaubkessel, Erweiterung Hochofenofenanlage, Schlackenbimsanlage, Neubau Tiefofenbatterie, Neue Drahtstraße.⁴³ Insgesamt erhielt das Hüttenwerk 11,7 Mio. DM an Krediten.⁴⁴ Das war viel, aber das Unternehmen bemerkte auch: »... über DM 50 Millionen müssen wir aus eigenen Mitteln aufbringen.«⁴⁵

In der Literatur wird allgemein darauf hingewiesen, dass vor allem die Energieversorger, der Kohlebergbau und Infrastruktureinrichtungen vom Marshallplan profitiert hätten, jedenfalls mehr als die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Im Kohlebergbau finanzierten die Unternehmen 1949 und 1950 zum Beispiel 47 bzw. 40 Prozent der Investitionen über die ERP-Investitionskredite. Bei den Energieversorgern waren es 14 bzw. 24 Prozent. »Für diese Schlüsselbereiche der Wirtschaft hatten die Gegenwertmittel des ERP somit große Bedeutung bei der Investitionsfinanzierung«, resümiert Zoltán Jákli.⁴⁶ Baumgart hat 1961 nachgewiesen, dass die Inanspruchnahme von ERP-Krediten bei der Energieversorgung und beim Verkehrswesen im Vergleich zum Beitrag am Bruttosozialprodukt und zum Anteil der Beschäftigten überdurchschnittlich hoch war. Dennoch hat den größten Nominalanteil an ERP-Krediten die Industrie erhalten, nämlich ca. ein Drittel der Gesamtkreditsumme.⁴⁷ Bei der Sichtung der Akten etwa der Braunkohleunternehmen, die im Konzernarchiv der RWE AG in Essen aufbewahrt werden, wird schnell deutlich, dass die Kreditsummen sehr viel höher waren als bei Industrieunternehmen. So bekam die Roddergrube AG 1949/50 Kredite in Höhe von 9,34 Mio. DM.⁴⁸ Die Kraftwerk Zukunft AG in Eschweiler erhielt bis 1952 aus den Gegenwertmitteln 9,2 Mio. DM und aus weiteren Mitteln 4,665 Mio. DM. Über das Bundesministerium für den Marshallplan gefördert, zahlte die

KfW dem Unternehmen Ende 1952 weitere 3,595 Mio. DM zur Weiterfinanzierung des Kraftwerksbaus: Die Gesamt-ERP-Kreditsumme betrug bei der Zukunft 15,66 Mio. DM.⁴⁹ Auch diese Kredite mussten zurückgezahlt werden – in den Akten sind Vorschläge der KfW für Tilgungspläne enthalten. Insgesamt 30,757 Mio. DM aus Gegenwertmitteln wollte die KfW bis 1957 an die Niederrheinische Braunkohlenwerke AG in Frimmersdorf ausbezahlen – Tilgungsende war 1971.⁵⁰ Was aussah wie ein »Füllhorn«, war aber keines. Am 30. November 1950 teilte die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung, Essen, der Rheinischen AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation (RAG) mit, dass die »Verteilung von ERP-Geldern« nur an Unternehmen erfolge, die »über die Eigenfinanzierung hinaus die sonstigen Möglichkeiten zur Heranziehung von Fremdmitteln ausgeschöpft haben«.⁵¹ Die DKBL dachte dabei an Kredite von Banken und Versicherungen, aber auch an die Reduktion des Investitionsprogramms und von Materialbeständen. Die Freigabe weiterer Mittel erfolge erst dann, wenn »die Gesellschaften den Beweis erbracht haben, dass sie ihr Investitions- und Kapitalbeschaffungsprogramm überprüft und korrigiert haben«.⁵² Die Unternehmen mussten auch nach Erhalt der Mittel monatlich detailliert über deren Verwendung Rechenschaft ablegen, was einen nicht geringen Aufwand bedeutete.⁵³

Nicht nur Industriebetriebe kamen in den Genuss von ERP-Mitteln. Im RWVA hat sich im Bestand der IHK Essen eine Akte erhalten, in der Korrespondenz mit kleineren und mittleren Unternehmen enthalten ist, die sich im Westen nach der Flucht aus den ehemaligen Ostgebieten eine neue Existenz aufbauen wollten und dafür sogenannte Vertriebenen-Kredite aus dem ERP erhielten.⁵⁴ Die KfW stellte mehrfach dafür Mittel zur Verfügung, so 1950 15 Mio. DM, die über die Sparkassen, die genossenschaftlichen Kreditinstitute oder die Industriekreditbank von den Kleingewerbetreibenden oder Handwerkern beantragt werden konnten. Bevorzugt werden sollten arbeitsintensive Betriebe, die Anträge sollten nicht über 35 000 DM lauten und es wurden nur reine Investitionskredite, zum Beispiel zur Anschaffung von Maschinen, Werkzeug etc., angenommen. Die Kredite konnten durch Übereignung der anzuschaffenden Aggregate oder über das Grundbuch gesichert werden, den Zins versah die KfW mit einer Obergrenze von sieben Prozent. Diese empfanden die IHK Aachen und die Bezirksgruppe Aachen des Fachverbandes der Tuch- und Kleiderstoff-Industrie als zu hoch.⁵⁵ In Essen beantragten die schlesischen Hotel- und Gaststätteninhaber »Cieszkowski und Radau« einen ERP-Kredit.⁵⁶ Sie unterhielten mehrere Zechenkantinen und »das bekannte Hotel-Restaurant Hügel« sowie eine Gaststätte in Essen-Frillendorf, »die eine Art Kasino für Bergbeamte darstellt«. Sie waren sehr erfolgreich, hatten aber alles ohne Eigenkapital aufgebaut und benötigten nun Unterstützung. Das Unternehmen Gebr. Falkner aus Essen-Steele, Polsterer- und Sattlerbedarf, benötigte 50 000 DM für die Anschaffung von neuen Fahrzeugen und Wellblechhütten. Die Inhaber stammten aus Danzig und waren laut IHK »sehr bescheidene Menschen«, die »in einer kleinen Privatwohnung am Werksgelände« lebten.⁵⁷ Ob die Antragsteller die Kredite erhielten, ist in der Akte nicht nachzuvollziehen. Sie beinhaltet Stellungnahmen der IHK und Korrespondenz ohne Bewilligungsvermerke.

ERP-Kredite als Grundlage für Propaganda

In der Akte der IHK Aachen hat der Sachbearbeiter die in der Zeitung »Die Welt« veröffentlichten Listen aufbewahrt, in dem die beantragten ERP-Kredite von deutschen Unternehmen in mehreren Ausgaben im Januar 1950 getrennt nach Branchen genannt werden.⁵⁸ Eine öffentliche Bekanntmachung von beantragten Krediten war in Deutschland bis dato nicht üblich. Die IHK Aachen empfand den Vorgang als so ungewöhnlich, dass sie sich an den Dachverband der IHKS wandte. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) erfuhr, dass die Veröffentlichung auf den Hohen Kommissar zurückging und dieser sich auch weitere Veröffentlichungen vorbehält.⁵⁹ Bei den Unternehmen wurde dies lockerer gesehen. Gebr. Schoeller, Teppichfabrik aus Düren, schrieb am 19. Januar 1950 an die IHK Aachen: »Bei unvoreingenommener Betrachtung ist die in den USA geltende Übung, Kredite aus öffentlicher Hand in der Presse zu veröffentlichen, nicht ganz unberechtigt. Vielleicht werden wir uns in Deutschland in Zukunft auch etwas mehr an die »Public Relations« gewöhnen.⁶⁰ Das Unternehmen

konnte der Veröffentlichung sogar etwas Positives abgewinnen, es erhalte »jetzt zahlreiche Angebote von Firmen der Investitionsgüter-Industrie.«⁶¹

Die ECA-Mission bzw. ihre Nachfolgerin, die Mutual Security Agency (MSA), band die Unternehmen in eine riesige Propagandamaschinerie für den Marshallplan ein. Die US-Amerikaner forderten, dass an allen Projekten gleichlautende Werbeschilder angebracht werden mussten. Die KfW informierte die Kreditnehmer. Anfangs war den Unternehmen noch die Gestaltung freigestellt. Angeregt wurden Plakate, die »in geeigneter Form und Größe an hervorragender und für den auswärtigen Durchreisenden und Besucher gut sichtbarer Stelle Ihres Unternehmens«

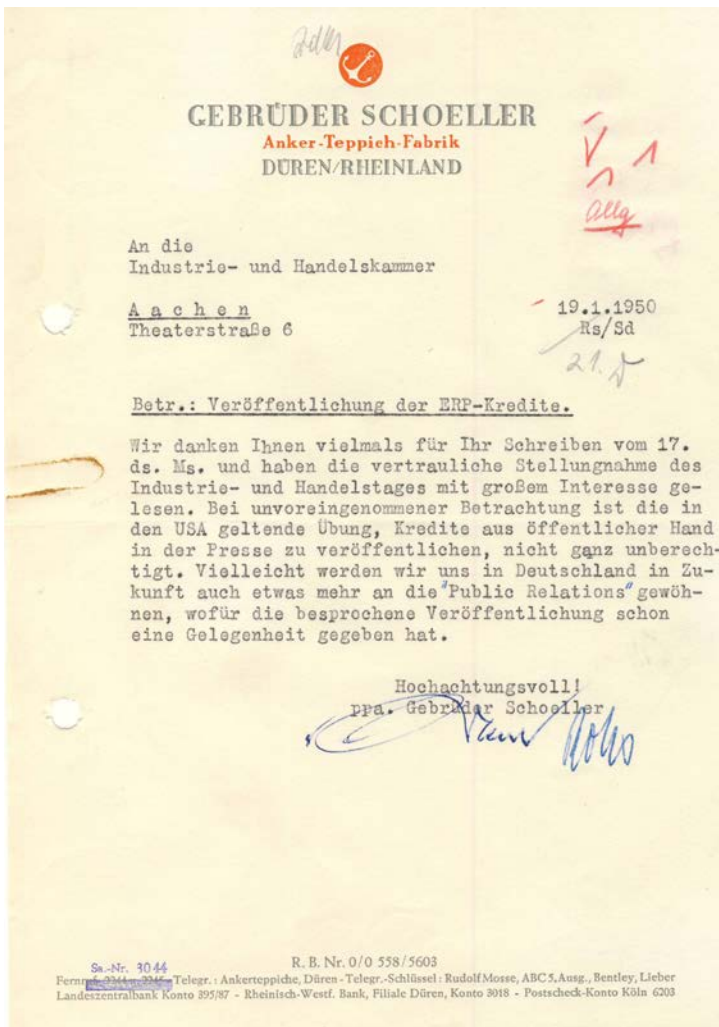


Abb. 4: Veröffentlichung der ERP-Kredite. Gebr. Schoeller Anker-Teppich-Fabrik, Düren, an IHK Aachen, 19. Januar 1950 (RWWA 30-3-1)

angebracht werden sollten.⁶² Im Mai 1952 informierte die MSA die Hüttenwerk Rheinhausen AG, dass sie die Objekte zu kennzeichnen hätten, aber einer Aufforderung der KfW noch nicht nachgekommen seien. Die Kosten wollte die MSA übernehmen. Fotos sollten als Beweise gelten – zur Not hätte die MSA auch Fotografen gestellt.⁶³ Das Hüttenwerk hatte bereits im November 1951 einen Hinweis auf die mit ECA-Mitteln errichtete Tiefofenanlage anbringen lassen, allerdings mit eigenem Text, der nicht den »Marshallplan«, sondern »ECA-Mittel« nannte. Weitere Objekte sollten ebenfalls damit gekennzeichnet werden.⁶⁴ Die neuen Schilder gingen ein und nach über zwei Monaten schickte das Hüttenwerk auch die dementsprechenden Fotos.⁶⁵

Die Amerikaner forderten Offenheit, trauten aber den deutschen Unternehmen nicht. Die Akte der IHK Aachen verrät, dass die Unternehmen, die ERP-Kredite in Anspruch nahmen, angemeldeten oder auch unangemeldeten Besuch von Besatzungsoffizieren erhielten, die sich über die Verwendung der ERP-Mittel ein Bild machen wollten. Bei den Isola-Werken in Birkesdorf, heute

Stadtteil von Düren, erschien Anfang 1950 ein britischer Offizier mit einem Dolmetscher: »Er erkundigte sich nach den Darlehensbedingungen und über den von uns beabsichtigten Verwendungszweck.«⁶⁶ Die Unternehmensleitung empfand dies nicht als besonders störend: »Das Auftreten des britischen Beamten hat uns veranlasst, dieser Angelegenheit keine besondere Bedeutung beizumessen.« Bei der Dürener Kettenfabrik Krafft und Schüll fragte ein Beamter nach den »näheren Umständen des Kredits, frühere Kapazität, jetzige Kapazität, frühere Beschäftig-



Abb. 5: »Hier half der Marshallplan«. Propagandaschild der ECA-Mission (RWWA 63-24-7)

tenzahl, jetzige Beschäftigtenzahl, durch den Kredit erreichbare Beschäftigtenzahl, Einzelheiten über die Verwendung des Kredites, ob Anschaffung von Maschinen oder Wiederaufbau von Gebäuden.«⁶⁷ Die Unternehmensleitung der Stolberger Metallwerke glaubte, dass der Besatzungsoffizier, der sie aufgesucht hatte, nur seine Pflicht erfüllte: »Anscheinend war es ihm nur darum zu tun, irgendwelche Antworten auf Fragen, die ihm von seiner höheren Dienststelle vorgelegt waren, zu erhalten.«⁶⁸ Dennoch insistierte die IHK beim Dachverband DIHT, der das Bundeswirtschaftsministerium einschaltete. Dieses wiederum veranlasste, dass Bundeskanzler Konrad Adenauer der Alliierten Hohen Kommission eine Note übermittelte. Adenauer verlangte von den Hohen Kommissaren, dass nur Kontrollen stattfinden durften, die dem alliierten Recht unterlagen. Die Bundesregierung erreichte, dass die Beamten einheitliche Ausweise erhielten.⁶⁹ Bei der RAG erschien 1952 ein Walter Thieme vom Office of the

Controller der MSA, die die Aufgabe hatte, dem US-Kongress einen Bericht über die Verwendung der ERP-Mittel vorzulegen. Das Braunkohleunternehmen hatte am 26. August 1952 der MSA einen »Übersichtsbericht« über die Verwendung der ERP-Gelder vorgelegt. Thieme konnte durch eine Grubenrundfahrt zum Zentraltagebau, zur Hauptwerkstätte, zur Grube Fortuna und zu den Fabriken Fortuna Nord überzeugt werden, »daß diese mit ERP-Krediten geförderten Projekte tatsächlich vorhanden sind«.70 Dabei war es schwierig, alle Projekte zu überprüfen. Der »Land Commissioner Nord Rhein / Westfalen«, Major-General W. H. A. Bishop, stellt dies in einem Schreiben an Ministerpräsident Arnold am 27. Februar 1950 selbst fest: »For reasons which you will readily appreciate, it is very difficult to specify individual projects which have been financed from Marshall Aid funds.«71 Da aber die USA Nachrichten über die Verwendung der Mittel erhalten wollten, bat er die Landesregierung um eine Liste aller Baumaßnahmen für Wohnungsbauprojekte.

Weitere Quellen zum Marshallplan

Es gibt auch interessante Quellen in Beständen von Unternehmen, die keine Investitionskredite beantragten. Hier soll nur ein Beispiel angeführt werden. Nach den genannten Listen in der Zeitung »Die Welt« beantragte die Gutehoffnungshütte Aktienverein (GHH) in Oberhausen keinen Investitionskredit. Im Archivbestand der GHH im RWWA (Abt. 130) befinden sich jedoch sechs umfangreiche Aktenbände der »Wirtschaftsabteilung« mit Informationen zum Thema, darunter ein Manuskript »Kritische Gedanken zum Marshall-Plan« von Dr. Herbert Gross aus Düsseldorf-Benrath, dem Gründer des Handelsblattes.72 Der äußerst kritische Bericht diente der Unterrichtung von Franz Blücher, zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Wirtschaftsrates der Bizone. Wenige Monate später trat Blücher sein Mandat als Bundestagsabgeordneter und kurze Zeit später das Amt des Bundesministers für die Angelegenheiten des Marshallplanes an, was ihm den Spitznamen »Marshall Blücher« einbrachte.73 Aus der Korrespondenz ist ersichtlich, dass der Bericht von Gross mit äußerst negativem Duktus vertraulich sein sollte und dass Blücher Ende Januar 1949 eine Besprechung abhielt, zu der er zehn Exemplare von der »Wirtschaftsabteilung« der GHH erhielt. Initiator bei der GHH war Martin Blank, Direktor in der Hauptverwaltung, der den Bericht mit Hans-Wilhelm Beutler, damals Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Ziehereien und Kaltwalzwerke, später Hauptgeschäftsführer des BDI, veranlasst hatte.74 Alle drei, Beutler, Blank und Blücher, waren zu dem Zeitpunkt Mitglied der FDP, die beiden Letzteren Bundestagsabgeordnete.75 Ansonsten enthalten die GHH-Akten vor allem die monatlichen Statusberichte des ERP-Kontors, einer Dienststelle des Bundesministeriums für den Marshallplan. Darin sind die einzelnen Zahlen zum ERP statistisch erfasst, aber es gibt auch ausführliche Berichte. Interessant ist, dass die monatliche Verteilerliste, die als letzte Seite an die Statusberichte angeheftet ist, zwar die Deutsche Bucherei in Leipzig nennt, die DDR also direkt von der Bundesregierung über den Stand der Marshallplan-Hilfe informiert wurde (!), aber nicht die GHH!76 Vermutlich erhielt Blank die Unterlagen als Bundestagsabgeordneter, denn auf einem der Berichte ist der Stempel zu finden »Verteilt am ... in Fächer / im Ausschuss«.77

Fazit

1. Die Beschäftigung mit Quellen von Unternehmen zum Marshallplan bringt neue Erkenntnisse über deren Verhalten in der Wiederaufbauphase und Beurteilung der Marshallplanhilfe. Hier wurden nur einige der Themen genannt, die in den gesichteten Quellen enthalten sind. Die Wissenschaft kann weitere Erkenntnisse gewinnen, wenn sie sich intensiv mit den Unternehmen, Verbänden und Kammern beschäftigt.
2. Nach den vorliegenden Quellen ist die These von Abelshauer, fußend auf der schon 1961 geäußerten Vermutung von Baumgart, die Unternehmen hätten weitgehend den Wiederaufbau selbst bezahlt, zu bestätigen. Die Marshallplan-Kredite finanzierten den geringsten Teil der Investitionen und mussten hoch verzinst zurückgezahlt werden. Letztendlich haben die Unternehmen die Hilfe des Marshallplans selbst bezahlt.
3. Dies soll nicht die Leistung des ERP und der KfW schmälern, aber es bedarf einer realistischen Einordnung. Der Marshallplan hat auf anderen Gebieten eine positive Wirkung hinterlassen, so auf die Westbindung der Bundesrepublik, die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland und das Zusammenwirken von amerikanischen und westdeutschen Wirtschaftsvertretern im Austausch, gefördert durch das Technical Assistance Program.

Anschrift: Dr. Ulrich S. Soénius, Stiftung Rheinisch-Westfälisches
Wirtschaftsarchiv zu Köln, Unter Sachsenhausen 10–26, 50969 Köln, E-Mail:
ulrich.soenius@koeln.ihk.de

Anmerkungen

- * Überarbeitete Fassung eines Vortrages bei der Jahrestagung der VdW am 15. Mai 2023 in Berlin.
- 1 Werner Abelshauer, *Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau*, in: Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Marshallplan und westdeutscher Wiederaufstieg*, Stuttgart 1990, S. 150–178.
 - 2 Knut Borchart u. Christoph Buchheim, *Die Wirkung der Marshall-Plan-Hilfe in Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft*, in: ebd., S. 119–149.
 - 3 Manfred Pohl, *Wiederaufbau. Kunst und Technik der Finanzierung 1947–1953*, Frankfurt am Main 1973, S. 74.
 - 4 Zu den Standardwerken zählt nach wie vor Gerd Hardach, *Der Marshall-Plan*, München 1994,
 - 5 Egon R. Baumgart, *Investitionen und ERP-Finanzierung. Eine Untersuchung über die Anlage-Investitionen als Wachstumsdeterminante des Wirtschaftsprozesses in der Bundesrepublik Deutschland und die wirtschaftspolitische Einflußnahme durch Investitionsfinanzierung aus dem ERP-Sondervermögen in empirischer Sicht von 1949 bis 1956*, Berlin 1961, S. 48.
 - 6 Ebd., S. 22.
 - 7 Ebd., S. 25.
 - 8 Pohl, *Wiederaufbau* (wie Anm. 3), S. 73.
 - 9 Zoltán Jákl, *Vom Marshallplan zum Kohlepennig. Grundrisse der Subventionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1948–1982*, Opladen 1990, S. 66; Hardach, *Marshall-Plan* (wie Anm. 4), S. 126–127.
 - 10 KfW an Hüttenwerk Rheinhausen, 07.04.1952. Historisches Archiv Krupp (HA Krupp) WA 78/1503.
 - 11 Vermerk, 21.05.1954. HA Krupp WA78/1503.
 - 12 Peter Wagner, *Mythos Marshall-Plan*, Pfaffenweiler 1996, S. 51.
 - 13 Zu der Bezeichnung in *Der Spiegel*, 09.12.1948, s. Wagner, *Mythos* (wie Anm. 12), S. 45.
 - 14 So geschehen bei der Hüttenwerk Rheinhausen AG. Vermerk, 16.07.1951. HA Krupp WA 78/1504.
 - 15 *Die Welt*, 02.–31.01.1950. Ausschnitte in Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln (RWVA) 30-3-1. Zusammenstellung durch den Verf.

- 16 Pohl, Wiederaufbau (wie Anm. 3), S. 202–203.
- 17 Jáklí, Marshallplan (wie Anm. 9), S. 66; *Hardach*, Marshall-Plan (wie Anm. 4), S. 126–127.
- 18 Konrad Adenauer jun., RAG, an Dr. Hans Ulrich von Marchtaler, Bundeskanzleramt, Bonn, 12.01.1950. Historisches Konzernarchiv RWE (HK RWE) 1988/2.
- 19 Marchtaler an Adenauer, 14.01.1950. Ebd.
- 20 Joseph W. Darling an Ministerpräsident Karl Arnold, 27.10.1952. Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland (LA NRW) NW 354, Nr. 313.
- 21 ECA-Mission an Bundesminister Franz Blücher, 28.02.1951, Übersetzung. LA NRW NW 94, Nr. 1483.
- 22 Ebd.
- 23 Dr. Warnecke an Dr. Haberland, 10.03.1951. Bayer Archives Leverkusen (BAL) 0015-009-003/2.
- 24 Genehmigte Mittel. Anlage B 890. LA NRW NW 94, Nr. 1483.
- 25 HK RWE, o. Sign. S. a. die Berichte der Rheinischen Elektrizitätswerke an die ECA-Mission, 08.12.1950. HK RWE 1988/2.
- 26 Stahltruhändlervereinigung. Rundschreiben 10/49, 24.11.1949. thyssenkrupp Corporate Archives (tkA) DHHU/5429.
- 27 Stahltruhändlervereinigung an Combined Steel Group, 05.05.1950. tkA DHHU/5429.
- 28 Bundesminister Blücher an Wilhelm Werhahn, 06.03.1950. RWVA 25-599-1; ERP-Informationen in RWVA 22-415-1.
- 29 Bayer AG, Bayer Archives Leverkusen (BAL), Historisches Archiv Krupp (HA Krupp), Historisches Konzernarchiv RWE AG (HK RWE), Salzgitter AG-Konzernarchiv / Mannesmann-Archiv, thyssenkrupp Corporate Archives (tkA).
- 30 RWVA 66-52-2. Auf einen Einzelnachweis der folgenden Quellen wird verzichtet.
- 31 Vereinigte Industrie-Verbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung, Düren, an IHK Aachen, 12.06.1950. RWVA 30-3-1.
- 32 Präsident Hermann Heusch an Hermann J. Abs, Frankfurt, 09.06.1950. RWVA 30-3-1.
- 33 Dr. Ahrenkiel, Reflex-Papier-Fabrik Felix Heinrich Schoeller, an Vereinigte Industrie-Verbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung, 06.04.1950 (Abschrift). RWVA 30-3-1.
- 34 Wirtschaftsministerium NRW. Aktenvermerk, 30.01.1950. LA NRW NW 424, Nr. 392.
- 35 Zusammenstellung in BAL 015-009-003/1. Die genaue Summe betrug 228 953 000 DM.
- 36 J. S. Watson, Controler IG Farben, an Bayer, 16.08.1950; Vermerk Dr. Langheinrich, Direktions-Abt., Rheinisch-Westfälische Bank an Bayer, 04.09.1950; Antwort, 08.09.1950. BAL 015-009-003/2.
- 37 Aktennotiz Dr. Warnecke, 29.09.1950; Direktionsabt. an Direktor Koziol, 21.12.1950; Dr. Warnecke an Dr. Haberland, 21.05.1951; Aktennotiz Dr. Warnecke, 17.07.1951. BAL 015-009-003/2.
- 38 Bayer an Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 18.02.1949; Aktennotizen Dr. Warnecke, 29.09.1950, 17.07.1951, 29.10.1951; Vereinigung industrielle Kraftwirtschaft an Mitglieder, 11.08.1952. BAL 015-009-003/2.
- 39 Stahlbau Rheinhausen an Bundesminister für Wirtschaft, 20.03.1951. HA Krupp WA 4/3400b.
- 40 Stahlbau Rheinhausen an Bundesminister für Wirtschaft, 20.06.1952; Vermerk 15.08.1952. HA Krupp WA 4/3400b.
- 41 Verteilungsvorschlag der Stahltruhändlervereinigung, 01.03.1950. tkA DHHU/5429.
- 42 Vermerk, 30.05.1952. HA Krupp WA 71/256.
- 43 KfW an Hüttenwerk Rheinhausen, 04.06.1951. HA Krupp WA 78/1504.
- 44 Hüttenwerk Rheinhausen an KfW, 24.04.1952. HA Krupp WA 78/1503.
- 45 Jáklí, Marshallplan (wie Anm. 9), S. 67. S. a. *Hardach*, Marshall-Plan (wie Anm. 4), S. 270.
- 46 *Baumgart*, Investitionen (wie Anm. 5), S. 43.
- 47 HK RWE 3121/5.
- 48 KfW an Kraftwerk Zukunft AG, 30.12.1952. HK RWE 3506/4.
- 49 KfW an Niederrheinische Braunkohlewerke AG, Frimmersdorf, 17.02.1953. HK RWE 3265/17.
- 50 Deutsche Kohlenbergbau-Leitung, Essen, an Rheinische AG für Braunkohlenbergbau und Brikkettfabrikation, Köln, 30.1.1950. HK RWE 1783/27.
- 51 Ebd.
- 52 HK RWE 1988/2.
- 53 RWVA 28-283-1.
- 54 Rheinische Girozentrale und Provinzialbank an die Leiter der rheinischen Sparkassen, 07.11.1949. Abschrift; Fachverband Tuch- und Kleiderstoff-Industrie an IHK Aachen, 18.07.1950; IHK Aachen an DIHT, 24.07.1950. RWVA 30-3-1.
- 55 Korrespondenz und Vermerke, 12.01.-05.02.1950. RWVA 28-283-1.
- 56 IHK Essen an Deutsche Revisions- und Treuhand AG, Düsseldorf, 11.02.1950. RWVA 28-283-1.
- 57 Die Welt, 02.-31.01.1950. Ausschnitte in RWVA 30-3-1.

- 58 IHK Aachen an DIHT, 05.01.1950; DIHT, Rundschreiben an die Mitgliedskammern, 09.01.1950. RWWA 30-3-1.
- 59 Gebr. Schoeller, Düren, an IHK Aachen, 19.01.1950. RWWA 30-3-1.
- 60 Gebr. Schoeller, Düren, an IHK Aachen, 16.01.1950. RWWA 30-3-1.
- 61 Rundschreiben KfW an alle Firmen, die mit Mitteln bedacht worden sind. Abschrift, 01.12.1950. tkA DHHU/5429. Unterstreichung im Original.
- 62 MSA an Hüttenwerk Rheinhausen AG, 08.05.1952. HA Krupp WA 71/256.
- 63 Vermerk vom Technischen Büro der Hüttenwerk Rheinhausen AG, 26.11.1951. HA Krupp WA 71/256.
- 64 Hüttenwerk Rheinhausen AG an MSA, 05.06.1952; dito, 20.08.1952. HA Krupp WA 71/256.
- 65 Isola Werke AG, Birkesdorf, an IHK Aachen, 17.05.1950. RWWA 30-3-1.
- 66 Krafft & Schüll, Düren, an IHK Aachen, 12.05.1950. RWWA 30-3-1.
- 67 Stolberger Metallwerke KG, Stolberg, an IHK Aachen, 06.05.1950. RWWA 30-3-1.
- 68 DIHT, Rundschreiben an die Mitgliedskammern, 22.05.1950; dito, 19.08.1950, 10.10.1950. RWWA 30-3-1.
- 69 Aktenvermerk, 08.05.1953. HA RWE 220/1784/2.
- 70 W. H. A. Bishop an Karl Arnold, 27.02.1950. LA NRW NW 179, Nr. 677 (Digital), fol. 12.
- 71 RWWA 130-4001290/4. Abschrift, 16. Jan 1949. Zu Gross s. <https://pr-museum.de/wp-content/uploads/2014/06/Herbert-Gross-Zusammenstellung-der-Texte.pdf> [19.04.2023].
- 72 Abendpost, 10.11.1949. Enthalten in RWWA 130-4001290/4.
- 73 Korrespondenz 18.-26.01.1949. In: RWWA 130-4001290/4.
- 74 Blank und Blücher traten nach dem Koalitionspartnerwechsel der FDP von der CDU zur SPD in NRW 1956 aus der Partei aus.
- 75 Z. B. Status-Bericht, 30.06.1951, RWWA 130-4001290/1.
- 76 Bericht zum Status 31.10.1951, 14.11.1951. RWWA 130-4001290/2.